



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 18. Dezember 2012

P125345

Interpellation Nr. 114 Jürg Meyer betreffend Wahrung der Verhältnismässigkeit des Eingriffs in die persönliche Freiheit beim Anordnen und Verlängern von Untersuchungs- und Sicherheitshaft; schriftliche Beantwortung

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Interpellant ersucht den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie durch Weisungen an die Staatsanwaltschaft und/oder mittels Ergänzungen des kantonalen Gesetzes über die Einführung der eidgenössischen Strafprozessordnung (EG StPO) Überhaft verhindert werden und der Rechtsschutz verhafteter Personen verbessert werden kann. Im Antwortschreiben an den Grossen Rat wird dargelegt, weshalb den Anliegen des Interpellanten nicht gefolgt werden kann. Die Strafprozessordnung gewährleistet den Rechtsschutz im Haftverfahren in abschliessender Weise.

